

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

23.9.1921 (No. 222)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. M e n d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlshof-
Straße Nr. 14
Hauptredaktion:
Nr. 953
und 954
Postfachamt
Karlsruhe
Nr. 3515.

Druckpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unersetzte Druckfäher und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Eine Abrechnung mit den Deutschnationalen im badischen Landtag.

Es ist bekannt, daß die Deutschnationalen fortgesetzt herumsitzen, das schreiende Mißverhältnis, das zwischen ihrer ziffernmäßigen Stärke und ihrem wirklichen Einfluß kein Volk besteht, durch eine besonders rühmliche Agitation, durch ein besonders lautes und in die Augen fallendes Gebahren auszugleichen. Auch der badische Landtag ist eine der Stätten, die sich die Deutschnationalen für die Befriedigung dieses ausschweifenden Agitationsbedürfnisses erforen haben.

Der Umstand, daß sie dabei bisher immer hinten abgerückt sind und meistens mit einer deutlichen Bloßstellung von der Bildfläche der von ihnen provozierten Interpellationsdebatte verschwanden, hat sie keineswegs beunruhigt, sondern in ihnen nur noch die Begierde verstärkt. Nun hat ja natürlich, genau so wie im alten Staate, auch im neuen Staate jeder das Recht, sich so kräftig zu blamieren, wie es ihm nur irgend möglich ist. Und an sich haben wir auch gar nichts dagegen, wenn gerade die Deutschnationalen von diesem Rechte ausgiebigen Gebrauch machen. Bedauern möchten wir nur die Minister und die Abgeordneten der Koalitionsparteien, die ihre schöne Zeit an das Anhören und Beantworten von Interpellationen verschwenden müssen, welche zu ihrem größeren Teile auf Klatsch und Tratsch beruhen und zu ihrem kleineren Teile keineswegs das Beste rechtfertigen, das gestern von den Deutschnationalen hervorgebracht worden ist.

Politisch kann der Verlauf der gestrigen Debatte allerdings für den neuen Staat nur von Nutzen sein, insofern, als er wieder einmal die Geistesverfassung und die agitatorische Rücksichtslosigkeit der Deutschnationalen in hellstem Lichte gezeigt hat. Es wäre falsch, wenn man den deutschnationalen Abgeordneten Mager als eine Ausnahmeerscheinung oder als „enfant terrible“ seiner Partei betrachten wollte. O nein! Dieser Herr Mager ist der typische Vertreter der deutschnationalen Agitationsmethode. Daß diese Methode nicht nur den übrigen Abgeordneten, sondern auch den Tribünenbesuchern auf die Nerven gefallen ist, können wir allerdings gut verstehen, weil wir nämlich trotz mancher bitteren Erfahrung doch noch immer an der Überzeugung festhalten, daß die große Mehrheit unseres Volkes viel zu anständig empfindet, um ein Verhalten, wie es sich gestern dieser Abgeordnete geleistet hat, zu billigen. Bei seinen Gesinnungsgenossen außerhalb des Parlaments wird ja Herr Mager mit diesem seinem getrigen Auftreten Weisfall finden. Aber alle die Kreise der Bevölkerung, die noch über einigen Herzensstark verfügen, werden sich von diesem Abgeordneten abwenden und die Partei beklagen, als deren fragwürdige Zierde er sich aufspielen darf.

Wenn man bedenkt, daß Herr Mager zu den gebildeten Schichten der Nation zählt, und einer Partei angehört, die sich täglich und stündlich über Ausschreitungen auf der äußersten Linken gar nicht genug entrücken kann, so wird man sein gestriges Auftreten umso schwerer verurteilen müssen. Und es war denn auch ein erbarmungswürdiger Anblick, als Herr Mager sich von dem Führer der Zentrumspartei, dem Abgeordneten Schöfer, in einer Weise die Meinung lassen ließ, die, gerade weil sie so überaus vornehm gehalten war, eine umso stärkere Wirkung auslöste. Es war fatal für Herrn Mager, daß ein Parlamentsveteran, wie der Abgeordnete Schöfer, feststellen konnte, daß er während seiner 16jährigen Tätigkeit im badischen Parlament noch nie ein derartiges Verhalten erlebt habe, obwohl in früheren Zeiten doch wahrlich sehr temperamentsvolle Redner über Fragen gestritten hätten, die die Gemüter aufs Tiefste erregten.

Dem badischen Landtag werden nach den Neuwahlen zweifellos auch Vertreter der linksradikalen Partei angehören. Wir hoffen und erwarten, daß sie dem Beispiel des Herrn Mager nicht folgen werden, möchten aber heute schon darauf hinweisen, daß wenn solches entgegen unseren dringendsten Wünschen doch geschehen sollte, der deutschnationalen Abgeordnete Herr Mager derjenige ist, der diesen Ton und diese ungezügeltere Wildheit des Gebahrens im badischen Parlament eingeführt hat! Im kommenden Landtag wird er allerdings noch viel weniger vereinzelt dastehen als bisher. Denn wenn erst wieder Herr Schmidt-Bretten, der ja von den Deutschnationalen als Kandidat an aussichtsreicher Stelle auf-

stellt ist, im Landtag sitzen wird, dann wird sich die Geistesverfassung der äußersten Rechten wohl in noch glanzvollerer Beleuchtung manifestieren. — Wenigstens ist das nach den früheren Proben, die man bei Herrn Schmidt erlebt hat, ohne weiteres zu erwarten. Oder sollte er sich inzwischen geändert haben?

Noch toller muß die Entgleisung des Abg. Mager erscheinen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie sich gegen den Staatspräsidenten, also den höchsten Beamten des Landes richtete, einen Mann, der durchaus nicht im Verdachte radikaler Gesinnung steht und bisher bewiesen haben dürfte, daß nur eines ihn aus seiner maßvollen und überlegenen Zurückhaltung heraus bringen kann, nämlich die freche Beugung von Recht und Gerechtigkeit. Wenn es sich um Recht und Wahrheit handelt, weiß Staatspräsident Trunk eine Energie einzusetzen, die vielleicht nicht jeder hinter seinem verbindlichen Wesen vermutet. Aber diese Energie wirkt dann um so stärker.

Und so hat auch gestern der Staatspräsident mit seiner Rede, die von ehrlüchender Leidenschaft durchbebt war und die Empörung seines aufs Tiefste verletzten Rechtsgefühls befandete, einen außerordentlich nachhaltigen Eindruck erzielt. Seine Feststellung, daß „die bolschewistischen Treibereien von rechts genau so gefährlich gewesen sind, wie die von links, ja vielleicht noch gefährlicher“, besitzt politische Tragweite und wird noch lange denen in den Ohren gellen, die sie angeht.

Sachlich ist zu den Interpellationen der Deutschnationalen zu sagen, daß der Minister des Innern und der Staatspräsident sie in einer Weise beantworteten, die von der Erregung, mit der sie vorgebracht wurden, auch jede Spur von Berechtigung nahm. Es ist in allen Fällen, die von den Interpellanten erwähnt wurden, durchaus korrekt, zweckentsprechend und loyal gehandelt worden. Denn daß die Regierung und die Polizeibehörden nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn bei einer großen Demonstration an entlegener Stelle Unzufriedenheit verübt wurde, ist doch selbstverständlich. Alles das aber, was die Interpellanten vorführten, um ihren Beschwerden erst die rechte Farbe zu geben, hat sich als böswilliges Geschwätz oder leichtfertiger Klatsch erwiesen. Und man muß sich darüber wundern, daß ergraute Männer, wie der deutschnationalen Führer Dr. Mager, einen derartigen Klatsch, ohne ihn vorher zu prüfen, zu Vorwürfen gegen die Regierung verwenden konnten.

Was das Treiben der rechtsbolschewistischen Kreise betrifft, so haben der Minister des Innern und nach ihm der Staatspräsident eine Reihe von Feststellungen gemacht, die auch über die Grenzen unseres Landes hin politisch von größter Bedeutung sind. Wir möchten bei dieser Gelegenheit übrigens die befremdliche Tatsache nicht unerwähnt lassen, daß der Landtagsbericht der Telegraphen-Union, den man in zahlreichen Blättern des Landes lesen kann, mehrere dieser Feststellungen verschweigt und zumal die Rede des Ministers des Innern mit einer Dürftigkeit behandelt, die dem Ernst des Gegenstandes nicht entspricht. Aber wahrscheinlich wäre den politischen Drahtziehern, die hinter der Telegraphen-Union stehen, die Wiedergabe dieser Feststellungen unerwünscht gewesen.

Was die Rede des Ministers des Innern betrifft, so wird vielleicht auf dieses oder jenes noch zurückzukommen sein. Es war selbstverständlich, daß die Sprecher der Koalitionsparteien nach seinen Darlegungen an der Geltung des Ministeriums nichts aussetzen konnten. Die Stellung des Ministers ist bekanntlich aber auch deshalb besonders stark, weil er notorisch die Staatsautorität bisher mit voller Unparteilichkeit zu wahren suchte und bei allen Einsichtigen und gerecht denkenden Menschen als ein Staatsmann gilt, der, weil er sich um die Bekämpfung der kommunistischen Umtriebe die höchsten Verdienste erworben hat, dieselbe Strenge gegen den Rechtsbolschewismus anwenden darf, ohne dabei des Messens mit zweierlei Maß geziehen zu werden.

Zum Schluß möchten wir ausdrücklich davon Notiz nehmen, daß auch die deutschnationalen Redner des gestrigen Tages Wert darauf legten, mit jenen rechtsbolschewistischen Elementen nicht in einen Topf geworfen zu werden. Inwiefern dieser Wunsch völlig berechtigt ist, wollen wir hier nicht näher untersuchen. Wir haben ja schon wiederholt erklärt, daß die Deutschnationalen Volkspartei als solche, d. h. ihre offizielle Parteileitung, für die Erzele der letzten Zeit nicht unmittelbar

zur Rechenschaft gezogen werden kann. Eines aber scheint uns nach diesem Abrücken der offiziellen Partei von jenen rechtsbolschewistischen Elementen nützlich zu sein, nämlich, daß man in Zukunft die Aufmerksamkeit richtiger und zweckmäßiger verteilt, nämlich in der Weise, daß man diesen Rechtsbolschewismus, der ja in der Tat vielfach außerhalb eines Parteirahmens wirkt, mit der größten Strenge beaufichtigt, der Deutschnationalen Volkspartei aber, die ohne jene Elemente nur relativ geringe Beachtung beanspruchen darf, die kalte Schulter zeigt! Immerhin steht doch der parlamentarische Aufwand des gestrigen und heutigen Tages in gar keinem Verhältnis zu der faktischen Bedeutung, die die Deutschnationalen als Partei besitzen. Diese Erwägungen erscheinen uns um so angebrachter zu sein, als die Deutschnationalen für jede Befriedigung ihres Agitationsbedürfnisses dankbar sind und von der Auffassung ausgehen, daß das Gesagte für sie die beste Reklame ist.

Politische Neuigkeiten. Deutsche Volkspartei und Koalitionsregierung.

Einer der hervorragendsten Männer der Deutschen Volkspartei, der Berliner Reichstagsabg. Professor Kahl, sprach sich lt. A. L. einem Pressevertreter gegenüber mit Bezug auf die auf dem Berliner Parteitag beschlossene Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Partei, mit der Deutschen Volkspartei in eine erweiterte Koalition einzutreten, folgendermaßen aus: Unsere Bereitwilligkeit, mit der Sozialdemokratie gemeinschaftlich zu arbeiten, ist ein aller Grundgedanke der Deutschen Volkspartei. Was wir immer bekämpft haben, ist der Wunsch der Sozialdemokraten, in der Regierung tonangebend zu sein und eine Vorherrschaft über die anderen Koalitionsparteien auszuüben. Wir denken natürlich gar nicht daran, uns an die Sozialdemokratie heranzuschließen, erkennen aber die bringende Notwendigkeit an, daß natürlich eine Basis für die Regierung gefunden werden muß. Soll es zu einer Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie kommen, so muß die Voraussetzung dafür sein, daß unsere grundsätzlichen Anschauungen nicht gestört werden. Die Frage der Staatsform braucht keine Trennung zu sein, und jeder einigermaßen verständige Politiker muß sich sagen, daß dieses Problem keine einschneidende Rolle spielen kann. Monarchistische Organisationen bedeuten jetzt ein Spiel mit dem Feuer.

Sozialdemokratischer Parteitag.

In der weiteren Aussprache über den Fraktionsbericht sprach Reichstagsabg. Eduard Bernstein über die Steuer- und Finanzpolitik. In seinem Schlußwort verlas Abg. Koch eine Interpellation, die die Reichstagsfraktion im Reichstag eingebracht hatte und in der es heißt, ob der Reichstag bereit sei, angesichts des ungeheuren Anstiehs in Ludwigshafen sofort Maßnahmen zu treffen, um festzustellen: 1. Welche Umstände das Unglück verschuldet hätten und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen könne; 2. Aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten.

In der Abstimmung wurde von den Anträgen zu den Steuerfragen nur die Resolution Reil angenommen. Die Anträge Köb-Frankfurt wurden abgelehnt. Zur Justizreform wurde eine Resolution Kadbrug angenommen. Zustimmung fand auch die Resolution Schmidt zur Ernährungsfrage. Von den sonst noch angenommenen Anträgen interessieren namentlich solche, die den 1. Mai und den 9. November zu Feiertagen machen wollen, ein Antrag auf Trennung von Staat und Kirche, Enteignung des Hohenzollernvermögens, Bezahlung der christlichen Feiertage die in die Woche fallen, Anspruch auf Urlaub. Abgelehnt wurden dagegen die Anträge auf Abschaffung von Ministerpositionen, namentlich für den ehem. Reichskanzler Heygenbach.

Reichstagsabg. Hermann Müller referierte über die auswärtige Politik und den Versailler Friedensvertrag. Über seine Ausführungen wird noch des Näheren zu berichten sein. Einleitend teilte er mit, daß die Nachrichten der Berliner Morgenpresse über die Umbildung der Reichsregierung vollständig unwarhaft sind. Am 5. Uhr wurde die Versammlung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Scheidemann über den Friedensvertrag.

Reichstagsabgeordneter Scheidemann sprach in Götting in öffentlicher Versammlung in der Stadthalle über die politische Lage. Er sagte u. a.: Das Versailler Diktat war auf der Weltanschauung Deutschlands aufgebaut. Diese Weltanschauung ist eine Lüge. Schuld waren alle Großmächte, die eine mehr, die anderen weniger. Friedensmöglichkeiten, die sich im Laufe der Kriegsjahre geboten haben, sind sabotiert worden. Diese Sabotage hat natürlich den gegnerischen Mächten die Schuldpropaganda erleichtert und das Versailler Diktat ermöglicht. Dieses Diktat war ein Werk blinden Hasses. Es ist eine Schandtat und eine Schande, daß man Tausende schwarzer Qualifikationen in unser Land brachte, für die wir Milliarden Unterbringungskosten zahlen müssen, statt damit die Reparationen abtragen zu können. Bei der Annahme des Versailler Diktates und des Ultimatus, bestand für alle die Pflicht, auf die Erfül-

lung hinarbeiten, bis die Revision erreicht ist. Die Möglichkeit der Ergänzung geordnete Verhältnisse in der Republik voraus. Es ist notwendig, daß sich das ganze Volk auf den Boden der Verfassung stellt. Wir müssen die durch das Verfallene Diktat festgesetzten Summen aufbringen. Der Stand unserer Wälsche ist geradezu trostlos. Für die plötzliche katastrophale Entwertung der Mark fehlen objektive Gründe. Wenn das Reich seine Verpflichtungen aus dem Ultimatum erfüllen will, wird es sich ausländische Zahlungsmittel verschaffen müssen. Vertreter der Industrie und der Banken erklärten sich aus eigener Initiative bereit, fremde Devisen zu beschaffen. Man solle diesen Plan nicht von vornherein zurückweisen, aber ihn doch mit größter Vorsicht behandeln. Man muß den Kostleidenden Anteil an den Erträgen der Privatwirtschaft geben und ihre Existenz sichern. Das wird aber nur gelingen, wenn wir den inneren Frieden sichern. Zu diesem Grunde haben sich die Sozialdemokraten bekannt, denen vor drei Jahren die katastrophale Lage des Reiches klar geworden ist. Die Demagogen, die gegen das Verfallene Diktat wettern und so tun, als wenn wir uns nur zu sträuben brauchen, Steuern zu zahlen und dann alles in Ordnung wäre, treiben eine Politik der Gewissenlosigkeit. Es ist eine Politik des Lugs und des Trugs. Zum hundertsten Mal muß man die reaktionären Politiker fragen, wie sie das durch ihre Politik ins Unglück gestürzte Volk wieder frei machen wollen, wenn nicht durch den ernsthaften Versuch der Erfüllung des Friedensvertrags bis zu seiner Revision.

Das neue bayerische Ministerium.

In der auf gestern nachmittag 5 Uhr angelegten Memorandum des bayerischen Landtages sollte an erster Stelle Mitteilung über die Bildung des Gesamtministeriums erfolgen. Die Eröffnung der Sitzung verzögerte sich aber bis nach 6 Uhr hinaus, da in der Zwischenzeit noch immer Verhandlungen wegen Vervollständigung der Ministerliste gepflogen wurden. Als der Präsident nach 6 Uhr die Sitzung eröffnete, gab er das Wort zur Geschäftsordnung dem Abg. Stang (bayerische Volkspartei), der das Haus ersuchte, die Sitzung neuerdings bis 10 Uhr zu vertagen. Aus dem Hause erfolgte kein Widerspruch. Wie der Präsident erklärte, hat der Vorsitzende der Fraktion der bayerischen Volkspartei, Abg. Held, einen vierwöchigen Urlaub wegen Krankheit nachgesucht, den das Haus beschloß.

In der Abend Sitzung, die um 10 Uhr begann, war Ministerpräsident Graf Lerchenfeld erschienen. Er unterbreitete dem Haus folgende Vorschlagsliste für die Neubildung des Ministeriums:

Ministerpräsident und gleichzeitig Minister des Äußeren und Minister der Justiz: Graf Lerchenfeld, Inneres: Dr. Schweyer, Unterricht und Kultus: Dr. Matt, Finanzen: Dr. Krausneck, Soziale Fürsorge: Oswald, Landwirtschaft: Wusthofer, Handel, Industrie und Gewerbe: Hamm.

Die bayerische Mittelpartei hat demnach kein Mitglied ihrer Partei mehr im Ministerkollegium; sie ist auch aus der Koalition ausgeschieden. — Nach dieser Mitteilung erklärte Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, daß er das Einverständnis des Hauses zu diesen Vorschlägen annehme. Widerspruch erfolgte nicht. Der Präsident begrüßte hierauf die neue Staatsregierung, insbesondere den Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld unter dem Beifall des Hauses auf das herzlichste und gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der ehemaligen Staatsregierung, besonders des Ministerpräsidenten von Kahr, dem er den herzlichsten Dank aussprach.

Darauf betrat die neuen Minister den Sitzungssaal, worauf Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in kurzen Strichen sein Programm bekanntgab. Er umschrieb die von ihm vorgesehene bayerische Politik, gedachte der großen Verdienste seines Vorgängers von Kahr und betonte, daß seine wichtigste Aufgabe die Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staate sein werde. Bezüglich des Verhältnisses zum Reich steht für ihn die Treue zum Reich unverbrüchlich fest. Er werde bestrebt sein, auch nach der politischen Seite hin das Verhältnis zwischen Reich und Staat auf das Beste zu pflegen. Der dritte große Gedanke, von dem er sich leiten lasse, müsse die soziale Versöhnung sein. Weiter gedachte der Ministerpräsident der pfälzischen Brüder und gab seinem Mitgefühl mit dem furchtbaren Explosionsunglück in Oppau bewegten Ausdruck. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde wiederholt von lebhaften Bravorufen begleitet. — Ein Antrag Dr. Gilbert (bayerische Volkspartei), sofort in die Erörterung über die Regierungserklärung einzutreten, wurde abgelehnt.

Hindenburg und Erzberger.

Ein Leser, der während der Zeit des Abschlusses des Waffenstillstandes in besonderer Funktion die Gelegenheit hatte, die Stimmung im feindlichen Hauptquartier zu beobachten, schreibt der „Frankf. Ztg.“:

„Ich war in den kritischen Novembertagen 1918, direkt nach erfolgtem Waffenstillstand, in unmittelbarer Nähe des französischen und amerikanischen Hauptquartiers und hatte Gelegenheit, die Wirkungen des Waffenstillstandes bis in die höchsten militärischen Kreise hinein zu beobachten. Es herrschte eine allgemeine Unzufriedenheit darüber, daß der Waffenstillstand es dem deutschen Heere gestattete, geordnet in die Heimat zurückzukehren zu können. Nach der erfolgten Bankrott-erklärung der Obersten Heeresleitung hätte man viel lieber das deutsche Heer zur Kapitulation gezwungen und den Krieg gerne auf deutsches Gebiet übertragen. Und noch heute herrscht in weiten französischen militärischen Kreisen die Ansicht vor, daß bei Befolgung dieser Taktik spätere kritische Fragen, wie die Entwaffnungsfrage usw., nicht aufgetaucht wären. Meine Ansicht ist die, daß die Kreise um Hindenburg dem toten Erzberger über sein Grab hinaus dankbar sein müßten dafür, daß er sich bereit erklärte, ihnen den Genossegang, der eigentlich einem der Verantwortlichen im Großen Hauptquartier zugekommen wäre, abzunehmen. Das wäre auf jeden Fall viel würdiger gewesen als der jetzt veröffentlichte Brief des Feldmarschalls Hindenburg.“

Kurze polit. Nachrichten.

* Der Reichstag wird am Dienstag zusammentreten; jedoch soll der volkswirtschaftliche Ausschuss schon vorher mit seinen Arbeiten beginnen.

Der 2. Band des Bethmann-Buches. Wie wir hören, sind die Vorarbeiten zur Herausgabe des zweiten Bandes der „Betrachtungen zum Weltkrieg“ von Th. Bethmann Hollweg soweit gefördert, daß mit der Ausgabe im Buchhandel für den 11. Oktober sicher gerechnet werden kann. Die Herausgabe mußte sich verzögern, da die Veröffentlichung der deutschen und fremdsprachlichen Ausgabe vereinbarungsgemäß gleichzeitig erfolgen, die Übersetzungen aber bei der concisen Schreibweise des Verfassers eine säuberliche und zeitraubende Arbeit darstellten. Das Buch erscheint in dem bekannten Verlage von Carl Hobbing in Berlin SW. 61.

* Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag. Die Associated Press meldet aus Washington: Harding wird dem deutsch-amerikanischen Friedensvertrag dem Senat wahrscheinlich bald nach dem am 21. Sept. erfolgenden Wiederzukommen des Kongresses unterbreiten. Möglicherweise erläßt er aus diesem Anlaß eine kurze Botschaft.

* Eine schwere Niederlage der Griechen. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Mustafa Kemal erließ einen Aufruf an die Nation, in dem er erklärt, daß die griechische Armee, die die nationalistischen Streitkräfte vernichten und Angora besetzen wollen, mit Hilfe des Allmächtigen geschlagen und über den Salaria zurückgeworfen sei. Die heldenhafte türkische Armee setze die Befreiung des Landes fort. Der einzige Wunsch sei, das Dasein der Türken zu sichern und die Unabhängigkeit durchzusetzen. Die ganze Welt werde schließlich den Türken dieses Recht zuerkennen, die innerhalb ihrer nationalen Grenzen zu leben wünschen. Der Aufruf schließt: Wir werden die Waffen nicht niederlegen, bis diese Ziele völlig erreicht sind.

* Die Aufnahme Estlands, Letlands und Litauens in den Völkerbund ist gestern erfolgt.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, den 22. September.

In Erwartung hochpolitischer Auseinandersetzungen waren heute Haus und Tribünen gut besetzt.

Der Präsident gedachte zu Beginn der Sitzung des furchtbaren Explosionsunglücks in Oppau. Wir beklagen die vielen Opfer treuer Pflichterfüllung und sprechen den Angehörigen unser tiefstes Beileid aus. Am Reich und Staat, ja am ganzen Volke liegt es, mit hilfsbereiten Händen zuzugreifen. Zum ehrenvollen Gedenken der Toten erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen.

Nach Bekanntgabe von Eingängen nahm Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe das Wort zur Begründung der deutfationalen Anfrage wegen des Verbots der „Süddeutschen Zeitung“ und der Regimentsfeiern. Wir bestritten, so führte er aus, daß die Voraussetzungen vorliegen, um von den weitgehenden diktatorischen Befugnissen des Reichspräsidenten in § 48 der Verfassung Gebrauch zu machen. Doch will ich das nicht näher unterfuchen. Die Gedankenlänge aber, die der Verordnung vom 29. August zugrunde liegen, sind der Reichsregierung nicht über Nacht eingefallen. Man konnte längst ein schärferes Vorgehen gegen die Rechtsparteien beobachten. Der Vordankschlag gegen Erzberger wurde dann zum Anlaß genommen, das volle Geschütz loszulassen. Das ist ein doppeltes Unrecht. Wir verdammten alle die ruchlose Tat und freuen uns, daß sich Reichstagsabgeordneter Diez auf dem Wege der Besserung befindet. Die erwähnte Verordnung war zunächst ausschließlich gegen uns gerichtet. Diesen Standpunkt hat die Reichsregierung nicht lange aufrechterhalten können. Die badische Regierung hat trotzdem kürzlich die „Weisgauger Zeitung“ auf fünf Tage verboten, zweifellos veranlaßt durch gewisse Artikel der „Freiburger Volkszeitung“. Dieses Verbot wurde noch vor Ablauf der Sperrfrist von seiten der Regierung aufgehoben; was gleichsam eine Wofstellung der badischen Regierung bedeutet und nicht geeignet ist, ihr Ansehen zu stärken. Redner wandte sich dann dem Aufrufe an das badische Volk zu, der in einem Augenblick erfolgte, als die Parteilichkeit der Reichsregierung offen zutage lag. Das ist ein unerhörter Vorgang. Solche Maßnahmen schlagen dem Begriff eines Rechts- und Ordnungsstaates ins Gesicht. Das gegen einen Teil des Volkes beliebte Verfahren ist ein zweifelhafte Schwert. Wir warnen davor. Vertrauen zur Regierung können wir nicht mehr haben. Auf gleicher Stufe stehen die Verbote der Regimentsfeiern und des Uniformtragens.

Abg. Mayer (D. Natl.) sprach die Heidelberg Demonstrationen vom 31. August. Die damaligen Ausschreitungen seien die Folge verheerender sozialdemokratischer Presseäußerungen, wie sie auf deutfationaler Seite nicht zu vergleichen seien. (Chorufe links). Auch bei anderen Wendungen des Redners wurde lebhafter Widerspruch laut. Er schilderte im einzelnen den Bildersturm und sagte, von irgendwelchen Vorkehrungen gegen diese Madaufjense haben man nichts bemerkt. Polizei war nicht auf der Straße zu sehen, würde deren Erscheinen doch als Herausforderung der Massen empfunden. Steht der Minister auf diesem Standpunkt? Das wäre die Ablehnung der Staatsautorität, deren sichtbares Zeichen die Polizei sein soll.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) will seiner Anfrage wegen des Verbots der „Weisgauger Zeitung“ vorerst nichts hinzuzufügen.

Hierauf erhielt der Minister des Innern Kemmle das Wort. Er führte aus: Der Abg. Mayer hat übersehen, daß die Tat gegen Erzberger ein politischer Mord war und daß seine Presse seit langem einen Ton gegen die Regierung und die verantwortlichen Männer anstimmte, der die Luft geschaffen hat, in welcher der Gedanke des politischen Mordes heranzureifen konnte (Sehr richtig links). Die Vorgänge in Heidelberg sind zu bedauern. Die Gewerkschaftsfunktionäre hatten alle für die Aufrechterhaltung der Ordnung garantiert. Daß es zu Ausschreitungen kam, ist aber bei der Erregung im Volke nicht zu verwundern. Die Sicherheitsorgane haben Schlimmeres verhindert. Das Bezirksamt hatte sowohl Straßen- und Gruppenpolizei angewiesen, sich in Bereitschaft zu halten. Eine Verfügung, daß sich die Polizei nicht auf der Straße zeigen solle, ist nicht hinausgegangen. Die badische Regierung sei nicht gegen Regimentsfeiern, müsse diese aber verbieten, solange betrübte Verhältnisse beständen, daß sie zu monarchistischen Kundgebungen benutzt werden. Außerordentliche Umstände gebieten außerordentliche Maßnahmen. Daß wir in Baden nicht einseitig vorgehen, darf daraus geschlossen werden, daß wir auch geheime kommunistische Zusammenkünfte aufgelöst und die Teilnehmer verhaftet haben. Die Regierung trifft ihre Entscheidungen — rechts wird man das freilich nicht glauben — nach Maßgabe allgemeiner politischer Sachumstände in der Überzeugung, daß die große Mehrheit des Volkes ihre Haltung versteht. Daß ausgerechnet in dieser erregten Zeit Verurteilungen von Polizeibeamten in größerem Umfang stattgefunden, diese Behauptung kennzeichnet die Geistesverfassung dieser Herren. (Sehr richtig). Wir haben Material, wonach die Offiziersbände bei den Regimentsfeiern eine nicht unbedeutende Rolle spielten. Die Regierung konnte gar nicht anders, als sich hinter die Reichsregierung stellen. Wir müssen alle Handlungen verhindern, die sich offenbar gegen die Republik richten und Störungen hervorrufen können. Durch die Ermordung Erzbergers wurde das ganze Regewebe von Geheimbünden aufgedeckt, die ihr unauflösbares Bandwerk bis in die jüngste Zeit fortgesetzt haben. (Hört! Hört!). Es ist traurig, feststellen zu müssen, daß am 9. August abends der Mörder Schulz von einem ehemaligen Offizier abgeholt wurde, nachdem eben erst Kriminalbeamte auf dem Bahnhof die Wohnung

ausfindig gemacht hatten. Die Rechte hat keinen Anlaß, sich auf hohe Noß zu setzen, wenn es mir auch nicht in den Sinn kommt, den Mord an Erzberger an ihre Noßschärfe zu hängen (Abg. D. Mayer: Sehr richtig!). Der Minister fortfahrend: So gültig, wie der Abg. Mayer, da er von anständiger Regierung sprach. Wenn die deutsche Republik nicht aufs schwerste gefährdet und in Mißkredit gebracht werden soll, müssen wir auch so weiterhin auf dem betretenen Boden stehen bleiben.

Hierauf ergriff Staatspräsident Traut das Wort. Es kann kein Zweifel sein, daß die Verordnung des Reichspräsidenten zu Recht besteht. Das hat selbst Rechtsanwalt Dr. Schott als Vertreter der „Süddeutschen Zeitung“ vor dem Beschwerdeauschuss anerkannt. (Hört, hört!) Als der Staatspräsident mit erhöhter Stimme darauf hinwies, daß von links aber auch von rechts bolschewistische Agitation getrieben wurde, kam es zu einem erregten Zusammenstoß mit dem Abg. Mayer und großer Unruhe im Hause.

Redner betont, daß er als Justizminister auf Grund seiner Münchener Erfahrungen sich das Recht herausnehme, von Rechtsbolschewismus zu sprechen (Aufe: Sehr wahr!). Abg. Mayer: Das ist eine Unverschämtheit! — Angeheurer Pärn, Glode des Präsidenten. Abg. Mayer: Dann darf ich auch von unanständiger Regierung sprechen. Der Pärn geht von neuem ein. Erregte Juriste im ganzen Hause. Der Präsident vermochte sich schließlich Gehör zu verschaffen und sagte: Folgt der Abg. Mayer nicht dem zweiten Ordnungsruf, so müßte ich zu anderen Maßnahmen greifen. Aufse links: Klaus mit ihm!

Abg. Mayer: Er hat uns Bolschewisten genannt. Aufse: Nicht wahr! Der Präsident: Ob gegen die Ordnung des Hauses verstoßen war, darüber habe ich zu entscheiden. Der Staatspräsident hat eine allgemeine Bemerkung gemacht. Ich habe zum Einschreiten gar keine Veranlassung.

Staatspräsident Traut (fortfahrend): Ich wiederhole: Von links und ganz rechts wurde bolschewistische Propaganda getrieben. (Lebhaft: Sehr richtig!) Ich habe weder von der deutfationalen Partei gesprochen, noch eine Bemerkung gemacht, die die Deutfationale Partei auf sich beziehen könnte. Auch vom Abg. Mayer habe ich nichts gesagt. Ich habe an ihn gar nicht gedacht (große Heiterkeit, Gandelatzen, das der Präsident rügte). Redner schloß: Es entspricht alter guter Tradition, daß wir zumal in der Stunde der Not, als Badener, die wir sein und bleiben wollen treu zum Reiche stehen. Darum haben wir uns auch diesmal voll und ganz hinter die Reichsregierung gestellt. (Lebhaft Zustimmung.) Allerdings hätten auch wir gewünscht, daß man sich vorher mit den Regierungen der Länder ins Benehmen gesetzt hätte. Wir werden dies in freundschaftlicher Weise in Berlin zum Ausdruck bringen. Im übrigen werden wir die getroffenen Maßnahmen anwenden, gleichmäßig nach links und nach rechts. (Lebhafter Beifall.)

Der erste Sprecher aus dem Hause, Abg. Dr. Schofer (Z.), leitete seine Dörtegen ein mit dem lebhaften Bedauern über die vorhin erlebte Szene. Die Freiheit habe Gedenken, die Autorität der Präsidenten u. der Geschäftsordnung müssen geachtet werden. Je klarer die Partei, desto mehr sollte sie Wert darauf legen, die gute alte Sitte hoch zu halten. (Beifall.) Redner fuhr fort: Der Regierung könne ein Vorwurf nicht gemacht werden. Die Polizei in Heidelberg habe sich vorzell benommen. Ich wünsche, daß bald die Stunde kommen möge, wo gegen laueradspitzige Zusammenkünfte nichts mehr eingutreiben ist. Die Verantwortung bei solchen Festen tragen, müssen natürlich die gebührende Mühe auf das Allgemeinwohl nehmen. Nun zum Verbot der „Südd. Zeitung“. Es ist nur zu verwundern, daß gerade diese Seite sich über die Beschränkung der freien Meinungsäußerung der Lage und dies zu einer Zeit, da in Bayern noch der Ausnahmezustand herrscht. Heute besteht im Deutschen Reiche die Verleumdungsfreiheit nach allen Seiten, auch nach der Linken. Redner trat der Nachrede entgegen, als ob die Ermordung Erzbergers dazu herhalten müßte.

Redner zitierte dann eine große Reihe von Auslassungen rechtsstehender Blätter. Es handelte sich um einen ausgeprochenen Lügenfalsch gegen verdiente Männer, letzten Endes gegen die Sache, die sie vertreten. Selbst unser Präsident Kopf sei nicht davon berührt geblieben. Diese Atmosphäre mußte zum Mord führen. Jetzt sei man dabei, den Oß gegen Erzberger, der selbst am Grabe nicht Halt machte, auf dem Reichstanzler Dr. Wirth zu übertragen. Die Weimarer Verfassung wurde als spülstilliches Kind bezeichnet. Das ist eine Schmach am deutschen Volke, denn wir haben es hier mit einem legitimen Gesetz zu tun. (Die mitgeteilten Presseäußerungen wurden des öfteren durch lebhaftes Juraufe, wie „unerhört“ u. dgl. begleitet.) Auch der konfessionelle Frieden wurde durch die Rechtspresse gefährdet. Die ganze Hege lief darauf hinaus, mit den Führern die Sache zu treffen. Das darf so nicht weiter gehen, sonst könnte der Tag kommen, wo sich die äußerste Rechte und Linke in blutiger Weise auseinandersetzen. Darauf dürfen Sie nicht rechnen, daß der Zentrumsturm auseinanderfällt, mag auch hin und wieder vom Verpuß etwas abfallen. Wir gönnen den Herrschaften ein Späßchen. (Heiterkeit.) In irgend einem Zusammenhang rief Abg. Mayer: Geliebte Bemerkung! und wurde dafür zur Ordnung gerufen. Die Rede schloß mit dem Hinweis, daß nur die Einigkeit unser Volk heilen und retten könne. (Lebhafter Beifall.)

Für die Sozialdemokratie sprach dann der Abg. Marum: Wir glauben nicht, daß die Deutfationalen mit ihrer Interpellation die Pressefreiheit schüßen wollen. Wir bedauern, daß die Verordnung des Reichspräsidenten erlassen werden mußte. Sie war durch die Situation gegeben. Auch Demokratie und Freiheit haben ihre Grenzen und weiterer Langmut wäre straflicher Leichtsinns gewesen. Wir beurteilen jede Aufforderung zur Gewalt, wie auch den politischen Mord, und mißbilligen auch die Heidelberg Ausschreitungen. Hier ist allerdings zu sagen, daß es Zeit war, die früheren Hohelitsgeden (Hoflieferantenschilder) verschwinden zu lassen. Mit dieser Gedankenlosigkeit muß ein Ende gemacht werden. Wir müssen auch nach dieser Seite hin zeigen, daß wir Republikaner sind. Die Regimentsfeste sollen auf die Dauer nicht unterbleiben, aber jetzt sind sie gefährlich wegen des Mißbrauchs, der gerade damit getrieben wird. Dem früheren Großherzog, gegen den wir an sich nichts einzuwenden haben, müßten wir bei dieser Gelegenheit raten, sich nicht zu monarchistischer Propaganda benutzen zu lassen. Das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ war gerechtfertigt. Das Verbot der „Weisgauger Zeitung“ wäre bei anderer Zusammenfassung des Beschwerdeauschusses gewiß nicht vorzeitig aufgehoben worden. Jetzt müssen sich die Geister scheiden. Wir sind, wie das Zentrum, bereit, mit Allen zusammenzuarbeiten, die guten Willens sind und die ehlich auf dem Boden der Republik stehen. Wir müssen darum die Säuberung aller öffentlichen Institutionen (Reichswehr, Polizei, Beamenschaft, Univerfität) von den Gegnern der Republik verlangen.

Abg. Dr. Schön (Dem.): Wir erleben eine Auseinandersetzung, die Staatsform, deren rechtmäßiger Bestand von rechts untergraben werden soll. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist aus der Notwehr entstanden. Die Verantwortung für das Verbot der Regimentsfeste trifft die Wahrheit, die diese Feiern planmäßig organisiert haben, um sie für ihre Zwecke dienlich

vor zu machen. Wir schließen uns der Mahnung zu entschließen dem Eintreten für die republikanische Verfassung an. Galt es die Herren Interpellanten dem Staatswohl förderlich, wenn die Diskussion über die Staatsform fortgesetzt wird? (Sehr richtig.)

Abg. Dr. Karl (D. Natl.) sprach von nationalen Bestrebungen, die zu fördern man sich angelegen lassen sollte. In der Republik Frankreich werde laudant der Monarchist Napoleon gefeiert. Wir begreifen Ihren Kampf, da Sie an der Macht sind, in der Sie sich wohl fühlen. Lassen wir doch die harmlosen Dinge, die an die Vergangenheit erinnern.

Abg. Dr. Kraus (Soz.) kam auf die Heidelberger Vorgänge zu sprechen und bestritt entschieden, daß irgend ein Arbeiterführer (Medner selbst war Referent in der Heidelberger Stadthalle) zur Gewalttätigkeit aufgefordert habe. Die Demonstration als solche sei ruhig verlaufen. Die sich anschließenden bedauerlichen Exzesse seien übertrieben worden und könnten keineswegs den Veranlasser an die Modische gebängt werden. Sie seien aber psychologisch erklärlich, aus der Wut über die parlamentarische Gehe gegen die Republik. Die Aussprache wird morgen Vormittag 9 Uhr fortgesetzt. — Schluß der Abend Sitzung nach halb 9 Uhr.

Die deutsch-nationalen Interpellationen vor dem Landtag.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Da einige Zeitungen auf die Bedeutsamkeit der gestrigen Landtags-Sitzung aufmerksam gemacht hatten, waren schon bei ihrem Beginn die Zuhörertribünen und die Logen in starkem Maße überfüllt. Auch die Abgeordneten waren fast vollständig erschienen; das gesamte Staatsministerium hatte sich eingefunden. Nach kurzem Gebeten der Oppauer Katastrophe durch den Präsidenten trat man sofort in die Tagesordnung ein. Abg. Dr. Mayer begründete die deutsch-nationalen Interpellationen über das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ und die verbotenen Regimentsfeste zwar in verhältnismäßig kurzer, aber doch kräftig angehauchter Rede. Schärfer Seiten zog sein Fraktionsfreund Mager auf, als er die Heidelberger Demonstrationen nach seinen Informationen besprach. Man sah voraus, daß es zu scharfen Zusammenstößen kommen mußte. Und sie kamen! Vor allem durch Mager selbst, als er den Staatspräsidenten Trunk bei seiner Erwiderung und dem Ausdruck: Rechtskonservativen, den er aber gar nicht auf die anwesenden Deutsch-nationalen angewendet hatte, leidenschaftlich unterbrach und ihm Unberschämtheit zugerufen hatte. Durch diese Unterbrechung war stellenweise ein Weiterreden des Staatspräsidenten überhaupt nicht möglich, da heftige Zwischenrufe durch den Sitzungssaal flogen. Präsident Kopp mußte den Abg. Mager mit zwei Ordnungsrufen bedenken.

Der Innenminister Remmele wies die deutsch-nationalen Angriffe sachdienlich und beneidlich zurück, so daß ihm die Mehrheit der Kammer in feinen Ausführungen durchaus beitrug. Auch Staatspräsident Trunk, der das Vorgehen der badischen Regierung nach dem Erzberger Morb verteidigte, fand zustimmende Worte der Abwehr gegen die deutsch-nationalen Interpellationen.

Dann trat das Haus in die Besprechung ein, die von dem Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) eingeleitet wurde. Unter großer Aufmerksamkeit der Hörer erbrachte er reichhaltiges Material über die Schwere der Eingriffe der deutsch-nationalen und der gesinnungsverbundenen Presse; er nahm insbesondere den erschossenen Erzberger warm in Schutz. Ginge es so weiter, dann wäre dieser nicht das letzte Opfer.

Von der Sozialdemokratie sprach der Abg. Marxum. Er billigte durchaus die vom Innenminister gegebene Antwort auf die deutsch-nationalen Anfragen. Die Presse dieser Parteien finden stets sehr milde Richter; sie hätte sich nicht zu beklagen. Auch er hatte mit seinen wohlbedachten Darlegungen das Ohr des Hauses.

Obwohl der Präsident hier abbrechen wollte, da die Uhr schon auf halb 8 Uhr wies, gelang es Staatsrat Schön (Dem.) für seine zwar kurzen, aber recht treffenden Ausführungen, vor allem über die beste Staatsform, sich die Aufmerksamkeit zu erzwingen. Auch er billigte das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ und hob es dem Vorgehen der Rechte zu, wenn die Regimentsfeste verboten worden sind.

Abg. Karl (D. Sp.) fleidete seine Darlegungen mehr in das Gebot der Abwehr und der sozialdemokratische Abg. Dr. Kraus stellte die Heidelberger Vorfälle in einem wesentlich anderen, milderen Lichte dar, wie bei seiner Interpellation der Abg. Mager. — Inzwischen war es halb 9 Uhr und es mußte abgebrochen werden. — Man hatte den Eindruck, daß es ein großer Tag war, den die badische Kammer erlebte, der aber auch bewies, unter wie schwierigen Umständen in der Gegenwart das Staatsruder zu steuern ist. Boden haben jedenfalls die Interpellanten mit ihren Anträgen nicht gefunden.

Vertrauensvotum für die Regierung.

DZ. Karlsruhe, 23. Sept.

Der Landtag führte heute die Aussprache über die Deutsch-nationalen Anfragen zu Ende. Dabei nahm nochmals Minister Remmele das Wort, um sich über die Tätigkeit der Polizei zum Schutze der Republik zu äußern.

Staatspräsident Trunk machte sodann unter großer Spannung und Bewegung des Hauses nähere Mitteilungen über die aufgedeckte Geheimorganisation, der die beiden Mörder Erzbergers, Schulz und Killeßen, angehörten, ebenso Killinger und Müller. Killinger war derjenige, der am 9. September abends den nochmals nach München zurückgekehrten Schulz in seiner Wohnung abholte und wegbrachte. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen von gestern und heute war die Annahme eines Antrags dahingehend:

„Der Landtag spricht der Tätigkeit der Regierung zur Rettung der Weimarer Verfassung und zur Aufdeckung der staatsfeindlichen Geheimbünde volle Anerkennung aus. Er erwartet, daß das ganze Volk hinter die Regierung tritt, um Ruhe, Ordnung und verfassungsmäßiges Recht zu verteidigen.“

Dagegen stimmte nur der Abgeordnete Habermehl, der von den Deutsch-nationalen noch allein im Saale anwesend war.

Zur Explosionskatastrophe in Ludwigs-hafen.

Staatspräsident Trunk hat die Teilnahme der badischen Regierung an dem entsetzlichen Unglück von Ludwigs-hafen-Opau in folgenden Telegrammen zum Ausdruck gebracht:

„Dem Bayerischen Ministerpräsidenten!“

Zu dem entsetzlichen Unglück, das die Gemeinde Oppau und die Stadt Ludwigs-hafen sowie die Umgebung betroffen hat, spreche ich zugleich im Namen der Badischen Staatsregierung die herzlichste Teilnahme für die betroffene Bevölkerung aus.“

„Der Bayerischen Regierung der Pfalz Speyer.“

Die Badische Regierung nimmt herzlichste Teilnahme an der außergewöhnlichen Katastrophe, von der die Bevölkerung der Gemeinde Oppau und der Stadt Ludwigs-hafen betroffen worden ist. Ich bitte, die wärmste Anteilnahme der Badischen Regierung an die genannten Gemeinden übermitteln zu wollen.“

„Dem Oberbürgermeister von Mannheim.“

Die Badische Regierung hat mit tiefem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß auch die Bevölkerung der Stadtgemeinde Mannheim von dem furchtbaren Unglück in Ludwigs-hafen-Opau in weitem Umfang betroffen worden ist und spricht allen hierin Betroffenen die herzlichste Teilnahme aus.“

Das württembergische Staatsministerium hat an den badischen Staatspräsidenten das folgende Beileidstelegramm gerichtet:

„Die württembergische Staatsregierung spricht zu dem furchtbaren Unglück, das auch Mannheim und seine Bewohner durch die Oppauer Katastrophe betroffen hat, ihr herzlichstes Mitgefühl aus.“

Stündlich werden neue entsetzliche Einzelheiten von dem Unglück bekannt. Wir entnehmen dem „Mannheimer Tageblatt“: Das Bild Oppaus erinnert an die schlimmsten Verheerungen im Kriege. Kein Haus ist unbeschädigt geblieben, zahlreiche Gebäude sind direkt auseinandergerissen. An einzelnen Häusern hängen die Weiden und Mätraken aus den Lüchern heraus.

Der 2000 Zentner schwere Dedel des Fabrikgasometers wurde durch die Gewalt der Explosion ca. 800 Meter weit ins Feld geschleudert. Mauerblöcke von 6-7 Zentner Schwere, 12 Meter lange Eisenbahnschienen flogen 4-500 Meter weit. Ein Transformator von 200 Zentner Gewicht wurde über den Rhein geschleudert. Das Mannheimer Industriegebiet wurde ebenfalls schwer heimgesucht. Eine Reihe von Fabriken wurde demachen mitgenommen, daß die Betriebe auf längere Zeit eingestell werden müssen. Frankenthal weist zerstörte Häuser auf, sämtl. groß. Fenster in den Geschäftsstraßen wurden zertrümmert. Zahlreiche rote wurden bereits geborgen, zahlreiche aber liegen noch unter den Trümmern begraben. VIELLEICHT gelingt es auch noch, Verschüttete lebend zu bergen, wie dies gestern nachmittag in 6 Meter Tiefe gelang. Durch die Explosion des Gases flog zunächst ein großer, mit Wasserstoff gefüllter Gasometer mit einer ungeheuren Detonation, die in einem Umkreis von etwa 100 Kilometer durch Erderschütterungen wahrnehmbar war, in die Luft, der den Sturz des ihm zunächst stehenden Kamins zur Folge hatte. Groß wie das Unglück wird auch groß die Hilfsleistung sein, die allenthalten einsetzt. Ganz Deutschland wird beitragen, unseren Volksgenossen, die so unglücklich Schwere erlitten haben, zu helfen, die Schmerzen zu lindern.

Ludwigs-hafen, 22. Sept. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik teilt mit, daß die Meldungen von der Katastrophe, die das Oppauer Werk heimgesucht, und die ohnedies schwer genug ist, in den Schilderungen der Presse vielfach stark übertrieben wurden, weswegen sie an die Presse die dringende Bitte richtet, nur verbürgte Tatsachen mitzuteilen. Nach den bis vorgestern abend zugegangenen Nachrichten sind bis jetzt insgesamt 24 Tote zu beklagen; mit einer weiteren Vermehrung der Zahl der tödlich Verunglückten ist zu rechnen, zumal ungefähr 70 Leute vermisst sind. Die Mitteilung, daß die ganze Fabrik Oppau zerstört sei, ist unrichtig. Die eigentlichen Fabrikrichtungen sind verhältnismäßig wenig beschädigt. Die Direktion hofft, daß die Herstellung von Ammoniakwasser schon in einigen Wochen wieder aufgenommen werden kann. In den Werken Ludwigs-hafen geht der Betrieb ungestört weiter.

Die Hilfsaktion.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler gebeten, mit tüchtigster Beschleunigung eine Hilfsaktion für die Opfer der Katastrophe in die Wege zu leiten. Der Reichspräsident hat aus seinem Dispositionsfonds den Betrag von 250 000 Mark dem Hilfswerk für die Opfer der Katastrophe in Oppau überwiesen.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat heute an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er namens der Reichsregierung die Bildung eines Hilfskomitees zur Linderung des durch das Unglück in Oppau entstandenen Schadens vorschlägt. In dem Komitee sollen die bayerische, die badische und die heftische Regierung vertreten sein. Von diesem Vorschlag der Reichsregierung wurden gleichzeitig der badische Staatspräsident und der heftische Ministerpräsident verständigt. Falls, wie zu erwarten ist, die süddeutschen Regierungen einverstanden sind, will die Regierung die Vertreter der bayerischen, badischen und heftischen Regierung zu einer weiteren Besprechung auf Samstag, den 24. September, nach Berlin einladen, die vormittags im Reichsarbeitsministerium stattfinden soll.

Der Reichsarbeitsminister hat die Hauptversorgungämter Karlsruhe, Frankfurt a. M. und Würzburg angewiesen, der bayerischen Regierung sofort zu Hilfeleistung für das Unglück in Oppau Ärzte, Personal, Decken und Sanitätspersonal in jeder Weise zur Verfügung zu stellen.

Die Schweizer Schiffsfahrtsgegenschaft in Basel hat an den Oberbürgermeister in Mannheim nachstehendes Telegramm gerichtet: „Anlässlich des schweren Unglücks, das die beiden Schwefelstädte Mannheim und Ludwigs-hafen getroffen hat, sprechen wir Ihnen unser tiefstes Beileid aus. Zur Linderung der äußersten Not stellen wir Ihnen 2000 Franken zur Verfügung. Wir bitten Sie, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister von Ludwigs-hafen darüber zu verfügen.“

Die Hobasagentur vertritt sich zu dem Unglück in Oppau folgende Meldung: General Degoutte, der in Ludwigs-hafen eintraf, beorderte das gesamte Sanitätspersonal, die sämtlichen Ärzte und Chirurgen der Rheinarmee an die Unglücksstätte und organisierte Hilfsaktionen für die in Mitleidenschaft gezogenen Familien. Der französische Oberkommissar Trard stellte den Arbeitervereinigungen 75 000 Mark zur Verfügung der Familien der Opfer des Unglücks.

Die höheren Beiträge in der Invaliden-versicherung

sind vom 1. Oktober 1921 ab zu bezahlen um betragen: in Lohnklasse A bis zu 1000 M. Jahresarbeits-Verdienst wöchentlich 3,50 M.
B von mehr als 1000 bis zu 3000 M. = 4,50 M.
C „ „ 3000 „ 5000 „ = 5,50 „
D „ „ 5000 „ 7000 „ = 6,50 „
E „ „ 7000 „ 9000 „ = 7,50 „
F „ „ 9000 „ 12000 „ = 9,00 „
G „ „ 12000 „ 15000 „ = 10,50 „
H „ „ 15000 M. wöchentlich 12,00 M.

Neue Jugendherbergen in Ettlingen und Waldshut.

Es wird uns geschrieben:

Der Ortsgruppe Ettlingen der Naturfreunde ist es durch das weitgehende Entgegenkommen der Stadtverwaltung Ettlingen gelungen, im alten Schloß eine Jugendherberge mit etwa 30 Übernachtungsgelegenheiten zu errichten. Die feierliche Eröffnung fand am Sonntag, den 18. September, statt. Es ist besonders erfreulich, daß eine Reihe von Firmen in Ettlingen durch größere Geldspenden eine rasche Einrichtung ermöglichten. Es sind dies die Papierfabrik Buhl, Spinn- und Weberei Ettlingen, Papierfabrik Vogel und Bernheimer, Maschinenfabrik Lorenz und Süddeutsche Diskontobank.

Ebenso erfolgreich war in der letzten Zeit die Ortsgruppe Waldshut des Badischen Schwarzwaldbereins, die durch die Errichtung einer Jugendherberge in Waldshut einem längst empfundenen Bedürfnis entgegenkommt. — Geldspenden zur Ausstattung der badischen Jugendherbergen (Herbergsverzeichnis) zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Zweigvereins Baden für deutsche Jugendherbergen, Freiburg i. Br., Bleichstraße 20) werden stets dankbar entgegengenommen.

Die Mörder Erzbergers in der Schweiz?

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, eine Nachricht aus Genf stelle es als wahrscheinlich hin, daß die Mörder Erzbergers sich in die Schweiz geflüchtet haben und sich in der Ostschweiz aufhalten. Die Polizei verfolgt eifrig ihre Spur.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren.

Die Sperre für Langholzlagerungen nach den schmalspurigen Stationen der Albtalbahn wird dahin gemildert, daß von den Veranschaffungen wöchentlich je ein Wagen abgelassen werden kann.

Bis auf weiteres wird die Annahme von Gil- und Frachtfrüchten, sowie von Gil- und Frachtgutwagenladungen nach Speyer Hbf. nur dann zugelassen, wenn der Versender die Einfuhrgenehmigung von Bad Ems begeben kann oder auf dem Frachtbrief die Nummer und den Ausstellungszeitpunkt der Einfuhrbewilligung vermerkt hat oder von einer Poststelle des Rheingebiets auf dem Frachtbrief die Bestätigung beibringt, daß eine Einfuhrbewilligung nicht notwendig ist. — Aufgehoben ist die Annahmesperre für Güter nach Breslau.

DZ. Konstanz, 20. Sept. Die Donaueschinger Falschmünzgeraffäre scheint immer noch weitere Kreise zu ziehen. Dieser Tage wurde im Auftrag des Amtsgerichts Donaueschingen auch der Hfrenreisende Kohler in Konstanz festgenommen und dem Amtsgericht in Donaueschingen vorgeführt. Kohler scheint durch die in Untersuchung befindlichen Familie Simon belastet worden zu sein, sich an der Inverkehrsetzung falscher 50 Markscheine beteiligt zu haben.

Aus der Landeshauptstadt.

Der Schaufenster-Wettbewerb, der bis zum 3. Oktober dauern soll, hat heute früh begonnen. Bei unserem ersten Rundgang war die Ausstattung noch nicht überall durchgeführt, doch ließ sich immerhin schon erkennen, daß die Geschäftsinhaber im allgemeinen große Sorgfalt auf die Herichtung verwendet haben. Wir werden nach näherer Beschichtigung noch über den Eindruck der Veranstaltung berichten, ebenso über die heute vormittag eröffnete Badische Möbelschau.

Eisenbahnverkehr während der Karlsruher Herbstwoche. Auf Antrag des Verkehrsvereins und der hiesigen Stadtverwaltung hat die Eisenbahn-Generaldirektion sich bereit erklärt, die Züge 759 ab Karlsruhe 10.12 nachm. in Richtung Straben-Neudorf und 944 Karlsruhe ab 10.20 nachm. in Richtung Offenburg für die Dauer der Karlsruher Herbstwoche, dies ist vom 23. September bis 3. Oktober d. J. täglich 20 Minuten über die Fahrplanmäßige Abfahrzeit hinaus zurückzustellen. Bei der Bedeutung, die der Karlsruher Herbstwoche zukommt, hat die Generaldirektion weiter genehmigt, daß bei länger dauernden Vorstellungen im Landestheater die beiden Züge im Bedarfsfall um weitere 10 Minuten zurückgehalten werden dürfen. — Die weiter gewünschte Späterlegung der Züge 329 und 1336 nach Bretten und der Pfalz, Karlsruhe ab 8.33 u. 8.36 nachm., womit den Anwohnern der Reichsgaubahn und den pfälzischen Nachbarn ermöglicht werden sollte, an den Abendveranstaltungen in der Karlsruher Herbstwoche gleichfalls teilzunehmen, ist nach Mitteilung der Generaldirektion wegen des großen Zeitunterschiedes nicht angängig, ebensowenig wie die Einstellung besonderer Spätzüge, für die eine nennenswerte Besetzung nach Meinung der Generaldirektion nicht zu erwarten wäre. Sie weist im übrigen darauf hin, daß nach Bretten noch eine Fahrgelegenheit über Bruchsal mit D 107/D 69 Karlsruhe ab 10.45 nachm., Bretten am 11.30 nachm. besteht.

Vortrag Franz Schrekers im Theaterkulturverband. Als zweite Morgenveranstaltung in dieser Spielzeit bringt der Theaterkulturverband am kommenden Sonntag, den 25. September einen Vortrag des Direktors der Staatl. Kad. Hochschule für Musik in Berlin, Prof. Franz Schreker. Der Dichterkomponist, der bei dem zeitgenössischen Komponistenabend in der Festhalle als Dirigent mitwirkte, wird über Dichtung und Musik seiner Oper „Der Schaggräber“, deren Karlsruher Erstaufführung in diesem Winter noch erfolgt, sprechen und seine Ausführungen am Flügel erläutern. Die Gelegenheit, eine der führenden Persönlichkeiten der zeitgenössischen Oper kennen zu lernen und über sein eigenes Werk zu hören, dürfte in den musikalisch interessierten Kreisen unserer Stadt lebhaft begrüßt werden. Die Morgenveranstaltung, zu der auch Nichtmitglieder des Theaterkulturverbands Zutritt haben, findet im Zuschauerraum des Badischen Landestheaters statt.

Neue große Spende für das Oberpfälzer-Hilfswerk. Die Reichsregierung der Post- und Telegraphenbeamten hat dem Oberpfälzer-Hilfswerk in diesen Tagen den Betrag von 28 000 M. überwiesen.

Staatsanzeiger.

Errichtung von Finanzämtern.

Am 1. Oktober d. J. wird der Steuerkommissariatsdienst Mannheim aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt wird dadurch als Finanzamt im Sinne des § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfasst den Amtsbezirk Mannheim mit Ausnahme der Orte Badenburg, Redachhausen und Schriesheim. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und die des Steuerkommissariatsdienstes Mannheim. Die Steuererhebung Mannheim-Stadt wird auf den oben genannten Zeitpunkt ebenfalls aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt bleibt bis auf weiteres im Schloß untergebracht.

Karlsruhe, den 15. September 1921.

Der Präsident des Landesfinanzamts:
Kögler.

Die Lotterie für die Säuglingsfürsorge in Baden betr.
Dem Badischen Landesauschuß für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Karlsruhe wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie, bei der 2617 Gelddarlehen und

Amtliche Bekanntmachungen.

Wir weisen darauf hin, daß nach der Vorschrift des § 30b der Gewerbeordnung minderjährige Personen insbesondere weiblichen Geschlechts das Hausier- und Wandergewerbe nach Sonnenuntergang nicht ausüben dürfen. Die Polizei ist angewiesen, Zuwiderhandlungen zu verhindern.

Karlsruhe, den 16. September 1921.

Bezirksamt. — Polizeidirektion. O. 3. 133.

Zum Zweck der gemeinschaftlichen Räumung und Instandhaltung des Malcher Landgrabens, welchem die Entwässerung der Niederung des ehemaligen Kinzig — Murgflusses zufällt, hat die Kulturinspektion Karlsruhe gemäß §§ 59 u. 80 Abs. 3 des Wasserregulierungs-Gesetzes den Antrag auf Anberaumung einer Abstimmungstagfahrt zur Bildung einer Wassergenossenschaft gestellt. Träger dieser Wassergenossenschaft sollen lediglich die Gemarkungsgemeinden als Eigentümer des genannten Wasserlaufs sein. Der Antrag, die dazu gehörigen Vorarbeiten, das Gutachten der technischen Staatsbehörde, die im Benehmen mit derselben getroffene Feststellung des Stimmengewichts, das Verzeichnis der in das Unternehmen fallenden Eigentümer des Flußlaufs, sowie ein Entwurf der Satzungen liegen auf unserer Kanzlei öffentlich auf. Die Abstimmungstagfahrt findet am Mittwoch, den 5. Oktober 1921, vormittags 10 Uhr, im Bezirksratsaal des Amtes Eßlingen statt. Dritte, deren Rechte und Interessen durch das Unternehmen berührt werden, werden aufgefordert, ihre etwaigen Einwendungen in der Tagfahrt geltend zu machen und zur Erörterung zu stellen.

Karlsruhe, den 12. September 1921.

Bezirksamt. O. 3. 136.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 24. September 1921:

Landestheater. **Konzerthaus.**
Herbstwoche. I. Abend.
Die versilberte Braut Musikfest in der Karlsruher
Herbstwoche. I. Abend.
Bad. Tondichterabend.
7 bis nach 9 Uhr. 7 1/2 bis gegen 10 Uhr.
Mark 12.—. Mark 5.—12.

14 Schaufenster

Modellhut-

Ausstellung

Gebr. Gutmann

Spezialhaus für Damenhüte
Ecke Kaiser- und Waldstraße

Während der Bad. Woche vom 23.—25. September:

Ausstellung

in der Feilhalle.

14 Schaufenster

Jagdpatronen

ausfortierte Ware, Kal. 16 und 12
ca. 5000 Stück
pro 100 Stück 75.00 Mark resp. 100.00 Mark
solange Vorrat. R. 580

Reinh. Andree Inh. W. Demand
Karlsruhe, Waldstraße 4.

Restaurant

zum „Kaiserhof“

Am Marktplatz Telephon 1485

Empfehle meine Lokalitäten. — Bekannt gute Küche zu jeder Tageszeit. — Eigene Schlächterei — Täglich frische Wurstwaren. — Vorzügliche reine Weine. — ff. Hopsner-Bier. Vorzüglicher Mittag- und Abendtisch. Reelle Bedienung. Zivile Preise. R. 619

Hermann Nied, Metzger und Wirt.

1 Prämie im Gesamtwerte von 50 000 M. ausgespielt und 55 000 Lose, das Stück zu 3 M., einschließlich Reichsteampelabgabe, ausgegeben werden, erteilt.

Karlsruhe, den 19. September 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

J. A. Dr. A. Jung.

Schmidt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

die Landwirtschaftsinspektoren Anton. Sak in Laubersbroschheim, Hermann Lehner in Rosbach, Gohbert Keller in Wiesloch, Fribolin Stadler in Offenburg zu Landesökonomie-Verwaltungsinpektoren, Adolf Frey beim Verwaltungshof zum Ministerialoberregistrator beim Ministerium des Innern, Kanzleihilfe Karl Pabst zum Kanzleiaffistenten beim Bezirksamt Offenburg.

Befehl:
Amtmann Walter Schäfer vom Bezirksamt Freiburg an das Bezirksamt Eßlingen.

Entlassen:

Regierungsrat Dr. Walter Kluge.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

den Professor Dr. Karl Freudenberg an der Universität München zum planmäßigen außerordentlichen Professor in der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät der Universität Freiburg, den ordentlichen Professor Dr. Karl Meister an der Universität Königsberg auf 1. Oktober 1921 zum ordentlichen Professor an der klassischen Philologie an der Universität Heidelberg.

Hauptlehrer Leonhard Karl an der Volksschule in Wertheim zum Turnlehrer am Gymnasium in Wertheim.

Befehl:

Professor Dr. Anton Greinacher an der Oberrealschule in Rehl in gleicher Eigenschaft an die Hiesigschule in Karlsruhe.

Zurückgesetzt:

Professor August Ehret an der Oberrealschule in Heidelberg, auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Den Eingang ihrer

Herbst-Neuheiten

zeigt an und ladet zum Besuch freundlichst ein

Paula Müller, Putz- u. Modewaren

Ludwig-Wilhelmstraße 11

R. 617

Bilanz vom 31. Dezember 1920.

Aktiva.	„	„	Passiva.	„	„
Holzborrate	5 250		Geschäftsanteile der Mitglieder	15 480	
Kassenbestand am 31. Dezember 1920	27 999	21	Reservefond	445	
Fertige Wohnungen			Baufostenzuschüsse	55 500	
1. Baulos	390 220	74	Guthaben der Handwerker	51 983	21
Mobilien	14 968	50	Guthaben der Stadtgemeinde Zell	435 500	
5% Abschreibung	748	50	Bewinn am 31. Dez. 1920	1 520	28
Vorrätige Materialien und Einrichtungsgegenstände	15 519				
Im Bau begriffenes 2. Baulos	103 860				
Guthaben bei der Bezirksparafase Zell i. B.	2 630	19			
Ubrige Guthaben	720	35			
	560 428	49		560 428	49

Gewinn- und Verlustrechnung.

Verlust.	„	„	Gewinn.	„	„
Abschreibung	748	50	Gewinn aus Holzverkäufen	5 416	19
Unkosten	2 450	12	Zinsenüberschuß	130	19
Verlust vom 31. Dez. 1919	1 447	48	Mieten	620	
Gewinn am 31. Dez. 1920	1 520	28		6 166	38
	6 166	38		6 166	38

Mitgliederstand, Geschäftskapital und Haftsumme am 31. Dezember 1920.

Mitgliederzahl am 1. Januar 1920	75
Zugang während des Jahres	13
Stand am 31. Dezember 1920	88
Geschäftskapital am 1. Januar 1920	15 000.—
Zugang während des Geschäftsjahres	4 600.—
Geschäftskapital am 31. Dezember 1920	19 600.—
Haftsumme am 31. Dezember 1920	19 600.—

Zell i. B., den 12. August 1921.

Gemeinnützige Baugenossenschaft Zell i. B. e. G. m. b. H.

Einladung.

Am Sonntag, den 16. Oktober 1921, vormittags 10 Uhr, findet in Karlsruhe, im Gasthaus zum goldenen Adler, Karlsruherstr. 12 eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Unsere Mitglieder werden hierzu ergebenst eingeladen. Tagesordnung: Satzungsänderung. Mannheim, den 21. September 1921.

Krankentasse für städtische Beamte in Baden.

R. 618

Kapitalertragssteuer.

Die Verordnung des Reichsfinanzministers vom 29. August 1920 wird erleichtert durch die Durchführung der Steuerbefreiungen im § 3 des Kapitalertragssteuergesetzes tritt auf Grund des § 128 Abs. 2 Nr. 4 der Ausführungsbestimmungen zum Kapitalertragssteuergesetz am 1. Oktober 1921 außer Kraft. Mit Wirkung vom gleichen Zeitpunkt wird unsere zu der genannten Verordnung ergangene Ausführungsanweisung vom 30. September 1920 aufgehoben.

Bzüglich der Erstattungen von Kapitalertragssteuer wird zur Vermeidung der Überlastung der Finanzämter und Finanzkassen angeordnet, daß in Zukunft Erstattungen an den einzelnen Gläubiger, sofern ihm regelmäßig Zinsen mehr als einmal im Laufe eines Kalenderjahres geschuldet werden und der gesamte innerhalb eines Jahres zu erhaltende Betrag 1000 M. übersteigt, nicht mehr als viermal im Jahre, 300 M., aber nicht 1000 M. übersteigt, nicht mehr als einmal im Jahre vorgenommen werden.

Karlsruhe, den 15. September 1921.

Landesfinanzamt.
Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.
Dr. Gutmann. Maier.

Broncegloden

in feinsten Legierung und unübertreffl. Ausführung liefert
Glodengießerei Gebr. Bachert
Karlsruhe i. B. W. W. 5. 1. Stod, Zimmer Nr. 28, anbestimmten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Karlsruhe, 15. Sept. 1921.

Gerichtsschreiberei

Bad. Amtsgerichts B. 1.

Aufgebot.

3.68.21 Engen. Der

Eisenhändler August

Martini in Weizen a. H. hat

beantragt, den Landwirt

Blasius Bestner, geboren

am 1. April 1877 in Weizen

a. H. und zuletzt zum

selbst wohnhaft für tot zu

erklären.

Der bezeichnete Verschollene

wird aufgefordert, sich

spätestens in dem auf

Dienstag, 18. April 1922,

vormittags 9 Uhr,

denjenigen des Arrestver-

fahrens.

Der Kläger ladet den

Verklagten zur mündlichen

Verhandlung des Rechts-

streits vor die 3. Zivil-

kammer des Landgerichts

zu Karlsruhe auf Don-

nerstag, den 22. Dezem-

ber 1921, vormittags 9

Uhr, mit der Aufforde-

rung, sich durch einen bei

diesem Gerichte zugelassen

en Rechtsanwalt als

Prozessvollmächtigten

vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 20. Sept. 1921.

Der Gerichtsschreiber des

Bad. Landgerichts.

3.70. Heidelberg. In dem

Bankrotverfahren der Ein-

kaufgenossenschaft der

Reichsvereinigung ehem.

Kriegsgefangener Bezirk

Heidelberg E. G. m. b. H.

in Liquidation hat der

Konkursverwalter die nach

§ 106 Ziff. 2 Gen. Ver-

ordnungs-Gesetz vorgesch-

riebene Berechnung wie-

viel die Genossen zur

Deckung des in der Bilanz

bezeichneten Fehlbetrags

vorschulweise beizutragen

(haben) eingereicht. Zur

Erklärung über die Be-

rechnung ist Termin auf

Mittwoch, den 5. Oktober

1921, nachmittags 4 Uhr,

vor dem Amtsgericht da-

her Zimmer Nr. 18 be-

stimmt, wozu die in der

Berechnung aufgeführten

Genossen geladen werden.

Die Berechnung ist zur

Einsicht der Beteiligten

auf der Gerichtsschreiberei

Zimmer Nr. 24 niederge-

legt.

Heidelberg, 21. Sept. 1921.

Der Gerichtsschreiber des

Amtsgerichts 1.

3.67.21 Karlsruhe. Der

Buchhalter Ludwig Schä-

fer in Karlsruhe, Schiller-

straße 9, hat beantragt,

die verschollene Joha. F. ist

Chrestian, Wina geb. Schä-

fer, geb. 13. Juli 1867 in

Karlsruhe, zuletzt wohn-

haft in Karlsruhe, für tot

zu erklären. Die bezeich-

nete Verschollene wird auf-

gefordert, sich spätestens

in dem auf

Donnerstag, 18. Mai 1922,

vormittags 11 Uhr,

vor dem Bad. Amtsge-

richt Karlsruhe B. 1, Afa-

demwiestraße 2, 1. Stod,

Zimmer Nr. 28, anbe-

stimmten Aufgebotsstermi-

ne zu melden, widrigen-

falls die Todeserklärung

erfolgen wird. An alle,

welche Auskunft über Le-

ben oder Tod der Ver-

schollenen zu erteilen ver-

mögen, ergeht die Auf-

forderung, spätestens im

Aufgebotsstermine dem Ge-

richt Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 15. Sept. 1921.

Gerichtsschreiberei

Bad. Amtsgerichts B. 1.

Aufgebot.

3.68.21 Engen. Der

Eisenhändler August

Martini in Weizen a. H. hat

beantragt, den Landwirt

Blasius Bestner, geboren

am 1. April 1877 in Weizen

a. H. und zuletzt zum

selbst wohnhaft für tot zu

erklären.

Der bezeichnete Verschollene

wird aufgefordert, sich

spätestens in dem auf

Dienstag, 18. April 1922,

vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten

Gericht anbezuamt. Auf-

gebotsstermine zu melden,

widrigenfalls die Todes-

erklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft

über Leben oder Tod des

Verschollenen zu erteilen

vermögen, ergeht die Auf-

forderung, spätestens im

Aufgebotsstermine dem Ge-

richt Anzeige zu machen.

Engen, 22. Aug. 1921.

Gerichtsschreiberei des

Amtsgerichts.

Verschiedene

Bekanntmachungen.

Öffentliche

Versteigerung.

Samstag, 24. Septem-

ber 1921, nachmittags 1

Uhr, werde ich in Eßlin-

gen, Station Holzhof, fol-

gendes Saatgut gegen bare

Zahlung öffentlich verstei-

gern:

5000 Kg. Original Kir-

sches Bistopsweizen und</